

Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im außerunterrichtlichen Bereich der Schule

Vom 30. März 2023

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit erlässt im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wissenschaft die folgenden Richtlinien:

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

Das Land gewährt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Maßgabe dieser Richtlinien und der Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Haushaltsordnung des Saarlandes (LHO) Zuwendungen für die Förderung von Bildungsmaßnahmen im außerunterrichtlichen Bereich. Ein Anspruch des antragstellenden Maßnahmenträgers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens.

2. Gegenstand der Förderung

Im Interesse der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit werden im Schnittstellenbereich Jugendarbeit und Schule Bildungsmaßnahmen im außerunterrichtlichen Bereich nach Maßgabe des Landeshaushalts gefördert. Bei Planung und Durchführung sind der Entwicklungsstand der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern.

3. Ziele und Indikatoren

Ziel ist es, durch methodisch vorbereitete, altersgemäße Veranstaltungen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen allgemeinbildende, politische, soziale, kulturelle, arbeitsweltbezogene, gesundheitliche, ökologische und technisch-naturwissenschaftliche Inhalte zu vermitteln, die den charakteristischen Qualitätsanforderungen von Jugendarbeit im Sinne des § 11 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) in Verbindung mit dem § 1 des Gesetzes zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (Kinder- und Jugendförderungsgesetz – 2. AG KJHG) entsprechen und im Zusammenhang mit der Institution

„Schule“ stehen, ohne aber in deren primäre Zuständigkeit zu fallen.

Qualifizierte Sachberichte mit Themenstellung, methodischem Vorgehen, unter Benennung der Referentinnen und Referenten und deren Qualifikation und Eignung sowie die Entwicklung der Teilnehmerzahlen lassen Rückschlüsse auf das Erreichen der Förderziele zu.

Indikator für die Zielerreichung ist die Anzahl der erreichten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Rahmen der geförderten Projekte mit einem Umfang von insgesamt etwa 176.000 Euro. Es ist davon auszugehen, dass pro Jahr etwa 9.800 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit diesem Programm erreicht werden können. Die Kosten je Maßnahme werden auf durchschnittlich etwa 550 Euro geschätzt.

4. Zuwendungsempfängerinnen/Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind die Anbieter von Jugendarbeit im Sinne des § 11 Absatz 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII), die ihren Tätigkeitsbereich im Saarland haben.

5. Zuwendungsvoraussetzungen und Bemessungsgrundlage

Dauer der Maßnahme

Es werden gefördert: Maßnahmen bis höchstens zehn Kalendertage

mit 1/1 des Fördersatzes pro Tag, wenn das tägliche Programm durchschnittlich mindestens zwei Zeitstunden beträgt;

Maßnahmen, die zeitlich nicht zusammenhängen, aber thematisch aufeinander bezogen sind (Veranstaltungsreihen), werden je nach Dauer der Abschnitte gefördert.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollten mindestens sechs Jahre und dürfen noch nicht 27 Jahre alt sein.

Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer darf vier nicht unterschreiten; nur in begründeten Ausnahmefällen und nach vorheriger Zustimmung durch das Landesjugendamt kann die Teilnehmerinnen- und Teilnehmerzahl von höchstens 40 überschritten werden.

Bei geschlechtsgemischten Maßnahmen sollen mindestens eine Betreuerin und ein Betreuer an der Maßnahme teilnehmen. Bei diesen Maßnahmen sollte auf ein ausgewogenes Verhältnis von Teilnehmerinnen und Teilnehmern geachtet werden.

6. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

Die Zuwendung ist eine Projektförderung in Form eines Zuschusses. Sie wird als Festbetragsförderung im Rahmen einer Fehlbetragsförderung gewährt.

Bildungsmaßnahmen im außerunterrichtlichen Bereich können mit einem

Betrag bis zu 15 Euro pro Tag und Teilnehmenden, höchstens jedoch in Höhe des Fehlbetrages, gefördert werden.

Verfügt der Träger der Kinder- und Jugendarbeit oder seine landesweite Dachorganisation nicht über eine vom Land geförderte Jugendbildungsreferentin oder einen vom Land geförderten Jugendbildungsreferenten, erhöht sich der Betrag um 6 Euro pro Tag und Teilnehmenden auf 21 Euro (gemäß § 4 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (Kinder- und Jugendförderungsgesetz -2. AG KJHG)).

Als zuwendungsfähige Aufwendungen werden anerkannt

Fahrtkosten öffentlicher Verkehrsmittel unter Inanspruchnahme der möglichen Ermäßigungen bzw. Wegstreckenentschädigungen gemäß dem Saarländischen Reisekostengesetz (SRKG) für nicht anerkannte Kraftfahrzeuge im Umkreis von 150 km. Eine weitere Fahrtstrecke wird nur in besonders begründeten Ausnahmefällen und nach vorheriger Zustimmung durch das Landesjugendamt anerkannt.

Kosten für Unterkunft und Verpflegung Arbeitsmaterialien

Kosten für Durchführung, Vor- und Nachbereitung Kosten für die Saalmiete, Räume

Kosten für Honorare.

7. Sonstige Zuwendungsvoraussetzungen

Die Maßnahmen sollen von jungen Menschen weitgehend mitbestimmt und mitgestaltet werden und ihre Bedürfnisse und Interessen in den Mittelpunkt stellen. Die Angebote müssen allen jungen Menschen offen stehen und die Teilnahme freistellen.

8. Verfahren

Bildungsmaßnahmen im außerunterrichtlichen Bereich sollen zwischen dem freien Träger der Jugendarbeit und der jeweiligen Schule abgestimmt sein.

Plant ein Maßnahmenträger mehr als drei Maßnahmen im Kalenderjahr, sind diese bei dem Landesjugendamt Saarland halbjährlich schriftlich anzumelden. Anmeldungen für das erste Halbjahr müssen bis spätestens 31. Dezember des Vorjahres, Anmeldungen für das zweite Halbjahr bis zum 30. Juni eines Jahres vorliegen (Stichtag). Die Anmeldung muss die geplante Anzahl der Maßnahmetage für das Jahr und die voraussichtliche Teilnehmerzahl enthalten. Eine rechtzeitige Anmeldung begründet jedoch keinen Anspruch auf Förderung.

Auf der Grundlage der jeweiligen Anmeldung sind dem Landesjugendamt

der Antrag und Verwendungsnachweis bis spätestens drei Monate nach Beendigung der Maßnahme unter Verwendung des dafür vorgesehenen gemeinsamen Formulars – Antrag und Nachweis – vorzulegen. Dem Nachweis sind die entsprechenden Belege, eine Teilnahmeliste, ein qualifizierter Sachbericht mit Themenstellung, methodischem Vorgehen, unter Benennung der Referentinnen und Referenten und deren Qualifikation und Eignung, Zeitangaben und Tagungsergebnissen beizufügen.

Davon abweichend können der Antrag und der Verwendungsnachweis vollständig ausgefüllt, unterschrieben und mit allen erforderlichen Unterlagen an das Landesjugendamt per E-Mail versendet werden.

Anstelle der Belege kann eine tabellarische Belegübersicht in chronologischer Reihenfolge übermittelt werden. Die in der Belegübersicht genannten Belege sind auf Anforderung im Original vorzulegen.

Verfügt der Träger der Maßnahme über eine Landesgeschäftsstelle, sind Antrag und Nachweis über diese einzureichen; dadurch wird die Frist von drei Monaten nicht verlängert.

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheids und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV/VV-P-GK zu § 44 der Haushaltsordnung des Saarlandes (LHO) (soweit nicht in diesen Förderrichtlinien Abweichungen zugelassen worden sind).

9. Inkrafttreten

1. Diese Richtlinien treten rückwirkend zum 1. Januar 2023 in Kraft.
2. Gleichzeitig treten die Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im außerunterrichtlichen Bereich der Schule vom 22. Juni 2018 außer Kraft.

Saarbrücken, den 31. März 2023

Minister Dr. Magnus Jung